

23. August 2017

Postulat

von Rolf Müller (SVP)
und Peter Schick (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit der Hirslanden-Gruppe eine unternehmerische Kooperation eingegangen werden kann. Mit Hilfe der privatwirtschaftlich versierten Spezialisten der Hirslanden-Gruppe soll definiert werden, welche Massnahmen die beiden Stadtspitäler ihrer Ansicht nach wirtschaftlich tragfähig und nachhaltig in die Zukunft führen können. Diese Massnahmen sollen dann in die Kommissionsberatungen der SK GUD eingebunden werden. Spätestens sechs Monate nach der Auftragserteilung soll der Kommission GUD ein schriftlicher Bericht mit den Erkenntnissen und empfohlenen Massnahmen ausgehändigt werden.

Der Stadtrat soll in Kooperation mit der Hirslanden-Gruppe konkret folgendes klären:

- Welches Leistungsangebot der Stadtspitäler ist tragbar, damit diese wirtschaftlich und marktorientiert überlebensfähig sind?
- In welchen Bereichen konkret ist ein Potential für eine Kooperation der Hirslanden-Gruppe sowie der Stadtspitäler vorhanden (zum Beispiel Bereich Leistungsangebotes oder Bereich Spitalführung)?
- Welche Rechtsform ist für die Stadtspitäler zukunftsträchtig und ermöglicht Kooperationen mit anderen Häusern?
- Welche Synergien könnten bei einer engeren Zusammenarbeit für beide Seiten gewinnbringend genutzt werden, wenn auch das Universitätsspital miteinbezogen würde?

Begründung:

Die Hirslanden-Gruppe hat der Stadt Zürich vor wenigen Monaten eine Bereitschaft zur Kooperation gemacht. Über die Details und Absichten der Hirslanden-Gruppe ist wenig bekannt. Auch unklar ist, ob die Gesundheitsvorsteherin der Stadt Zürich mit der Hirslanden-Gruppe ein klärendes Gespräch führte. Die Gesundheitsvorsteherin äusserte sich danach nichtssagend: «Ich frage mich sehr stark, wie Hirslanden das machen wollte unter denselben Rahmenbedingungen.».

Für die SVP ist eine gute und effiziente Spitalversorgung der Bevölkerung wichtig. Aber auch eine universitäre Medizin am Standort Zürich, welche im nationalen und internationalen Wettbewerb mithalten kann, ist für die SVP unabdingbar. Sie fordert daher, die Kräfte zu bündeln und die Zusammenarbeit der drei grossen öffentlichen Spitäler, allenfalls auch mit privaten Leistungsanbietern, in der Stadt Zürich rasch und entschlossen voranzutreiben.

Mehrere hundert Millionen Schweizer Franken Volksvermögen hat die Stadt Zürich bereits in die medizinische Grundversorgung der Zürcherinnen und Zürcher investiert. Der Stadtrat zeigt keinerlei Bemühungen und Befähigung, die prekäre Situation bereinigen zu können. In einem Interview mit dem Tagesanzeiger vom 15. Juli 2017 geht die verantwortliche Stadträtin von einem Zeithorizont von mindestens vier Jahren aus, bis eine Lösung vorliegen könnte. In der Zwischenzeit wird an einer nichtssagenden Spitalstrategie gefeilt und verhindert, dass dieses existenzielle Geschäft vor den Gesamterneuerungswahlen traktandiert wird. Auch Forderungen nach einem Schuldenschnitt werden lauter.

Aus Medienberichten (NZZ vom 29. Juli 2017) war zudem zu vernehmen, dass auch allmählich der Unmut in den beiden Stadtspitälern steigt. Frau Stadträtin Nielsen mische sich zwar ins Mikromanagement des Spitals ein, schiebt gleichzeitig aber die entscheidenden Fragen vor sich her. Dazu zählt insbesondere der Entscheid über die künftige Rechtsform. Denn selbst der Stadtrat hat mittlerweile erkannt, dass es den Spitälern im Korsett der Stadtverwaltung zu eng wird. Die Entscheidungswege seien lang und komplex. Dabei seien im kompetitiven Gesundheitswesen alle Spitäler darauf angewiesen, rasch und adäquat handeln und reagieren zu können. Schon eine jährliche Ausgabe von 50 000 Schweizer Franken braucht die Zustimmung des Gemeinderates und untersteht dem Referendum.

